ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Mayer, Otto Gustav

Article — Digitized Version

Streiklücke der deutschen Gewerkschaften

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Mayer, Otto Gustav (1971) : Streiklücke der deutschen Gewerkschaften, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 51, Iss. 3, pp. 145-146

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/134241

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Lohnpolitik

Streiklücke der deutschen Gewerkschaften

Otto G. Mayer, Hamburg

Die letzten Tarifverhandlungen und -konflikte zeigten wieder einmal, daß Streiks in der BRD anscheinend für das Ende aller Wirtschaftstätigkeit gehalten werden; und die Gewerkschaften, die sie ausrufen, werden als Störenfriede der Konjunktur und Preisentwicklung betrachtet. Warnend wird auf England mit seinen 4000 Ausständen im letzten Jahre hingewiesen und man beschwört Gewerkschaften und Arbeitnehmer, sich nicht von der „englischen Krankheit" anstecken zu lassen.

Insel des Arbeitsfriedens

Die deutschen Gewerkschaften müßten sich aber schon gewaltig anstrengen, wollten sie sich einige „krankhafte" Züge zulegen. Denn die Stabilitätsinsel BRD ist im internationalen Vergleich auch eine Insel des Arbeitsfriedens (vgl. Tabelle) — von den Niederlanden einmal abgesehen, die noch weniger streikten. In den Jahren des Wiederaufbaus bis Ende der 50er Jahre war es zwar noch zu Streiks gekommen, die sich in internationalen Größenordnungen bewegten. Ab 1957 schlief jedoch die Streiktätigkeit fast vollständig ein. Eine größere Unterbrechung gab es nur 1963 durch den Ausstand der württembergischen Metallarbeiter. Die hohe Zahl der verlorenen Arbeitstage in jenem Jahr ist aber zur guten Hälfte auch auf die Aussperrungen zurückzuführen. Ob durch die Septemberstreiks 1969 und die Zunahme der spontanen Warnstreiks im letzten Jahre ein grundsätzlich neues Element in dieses Bild gebracht wird, muß sich zeigen.

Will man diese Streik„lücke" der BRD im Vergleich zu ihren Nachbarn nicht (allein) auf eine „Law and Order"-Mentalität zurückführen, dann stellt sich die Frage nach den eigentlichen Ursachen für dieses „Hinterherhinken". Dabei spielen Tradition, Entwicklung, Struktur und Zielvorstellungen der einzelnen Gewerkschaften und Gewerkschaftssysteme eine große Rolle. Sie sind jedoch teilweise so unterschiedlicher und komplexer Natur, daß hier nur einige Grundlinien skizziert werden können.

Wachsender Wohlstand

Als die wichtigsten Faktoren, die das Ausmaß der Streiktätigkeit beeinflussen, können die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, der Grad der Integration von Gewerkschaften und Arbeitnehmern in das bestehende System und der Organisationsgrad der Gewerkschaften angesehen werden. Es ist ein verbreitetes und auch einleuchtendes Argument, daß die Streikbereitschaft mit wachsender materieller und sozialer Befriedung nachläßt. Zu dieser hat das „Wirtschaftswunder" mit hohen Einkommenssteigerungen und relativ stabiler Preisentwicklung vor allem in der Zeit von 1955 bis 1965 ohne Zweifel einen großen Beitrag geleistet. Von den angeführten Ländern wies die BRD in dieser Zeit die höchste durchschnittliche Zuwachsrate des realen BSP mit 5,6 % auf, die USA mit 3,4 % und Großbritannien mit 3,1 % die niedrigsten. Der Unterschied zu Italien und Frankreich mit 5,3 % bzw. 4,9 % ist trotz der unterschiedlichen Streikaktivitäten nicht so groß, doch wiesen die beiden Länder — für deutsche Verhältnisse — relativ hohe Preissteigerungsraten auf.

Abkehr von der Ideologie

Wenn es auch zutrifft, daß ein größerer Kuchen leichter zu verteilen ist als ein kleiner und somit die Bereitschaft zu Konflikten geringer ist, so dürfte für die Erklärung der Streik„lücke" die Integrations- und „Kollaborations"-Bereitschaft der

Otto Gustav Mayer, 27, Dipl.-Volkswirt, ist Redakteur bei den vom HWWA—Institut für Wirtschaftsforschung—Hamburg herausgegebenen Zeitschriften WIRTSCHAFTSDIENST und INTERECONOMICS.

Arbeitnehmer und der Gewerkschaften eine größere Bedeutung haben. Diese Frage rührt an das Seibstverständnis der Gewerkschaften und ihnen nahestehender Organisationen hinsichtlich ihrer Rolle in einem marktwirtschaftlichen System. Und hier ist eindeutig festzustellen, daß die deutschen

Gesamtzahl der von Streiks und Aussperrungen betroffenen Arbeitstage in 1000

	BRD	Italien [1]	Frankreich	USA	Großbritannien
1950	380	7 761	11 728	38 800	1 389
1951	1 592	–	–	–	–
1952	443	5 828	1 732	59 100	1 792
1953	1 488	7 760	9 722	28 300	2 184
1954	1 586	5 376	1 440	22 600	2 457
1955	857	5 622	3 078	28 200	3 781
1956	1 580	4 137	1 423	33 100	2 083
1957	1 072	4 619	4 721	16 500	8 412
1958	782	4 172	1 138	23 900	3 462
1959	62	9 190	1 938	69 000	5 270
1960	38	5 786	1 070	19 100	3 024
1961	65	9 891	2 601	16 300	3 046
1962	454	22 717	1 901	18 600	5 798
1963	1 846	11 395	5 991	16 100	1 755
1964	17	13 089	2 497	22 900	2 277
1965	50	6 993	980	23 300	2 925
1966	27	14 474	2 524	25 400	2 398
1967	390	8 569	4 204	42 100	2 787
1968	25	9 239	.	49 018	4 690
1969	249	.	.	.	6 846
1970	93	.	.	.	10 490 [2]

[1] Ohne politische Streiks. [2] Bis Ende November 1970.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Fachserie M, Reihe 12, I. Arbeitnehmerverdienste und Arbeitszeiten; Streiks und Aussperrungen 1969; Statistische Jahrbücher der Bundesrepublik Deutschland, Wirtschaft und Statistik, Heft 2, Februar 1970, BMWi Tagesnachrichten, Nr. 6341 vom 17. 2. 1971.

Gewerkschaften stärker als ihre Schwesterorganisationen in anderen Ländern auf dem Boden des gegenwärtigen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems stehen. Sie sind nahezu vollständig in das System integriert und streben im Prinzip nur Änderungen im Rahmen dieses Systems an.

Gefördert wurde diese Entwicklung durch eine Ideologie des Antikommunismus in der Nachkriegszeit, die zur Identifikation mit dem vorhandenen System und dessen prinzipieller Verteidigung führte, und weiterhin durch das Aufkommen einer Art „Partnerschaftsideologie", mit der Streiks nur schwer in Einklang zu bringen sind [1]). In diesem Rahmen ist auch das Streben nach Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand und nach Verantwortung durch Mitbestimmung zu sehen.

Politischen Streiks, die schon früher Seltenheitswert hatten (1951 im Zusammenhang mit der Montanmitbestimmung, 1952 gegen die Einführung des Betriebsverfassungsgesetzes, 1958 im Rahmen der Aktion „Kampf gegen den Atomtod"), wurde 1962 von den deutschen Gewerkschaften endgültig eine Absage erteilt.

In anderen Ländern ist es anders. Die beiden größten französischen Gewerkschaften, die kommunistische CGT und die „christliche" CFTC, gehen davon aus, daß nur ein verschärfter Klassenkampf, d. h. sowohl wirtschaftliche wie politische Streiks geeignet sind, die Interessen der Arbeiter zu wahren. Ähnliches gilt für Italien, wo gerade in den letzten Jahren ein großer Teil der Streiks der Erzwingung von sozialen Reformen galt. In den angelsächsischen Ländern sind dagegen die Fronten nicht so sehr ideologischer Natur, sondern begründen sich mehr auf die Überzeugung, daß den Arbeitnehmerinteressen nicht dadurch gedient ist, daß man sich in ein Partnerschafts- und Mitverantwortungsverhältnis zu den Unternehmern begibt.

Mehr Streiks in der Zukunft?

Streikbewegungen werden zudem stark von dem organisatorischen Charakter der Gewerkschaften beeinflußt. Je straffer und zentralistischer die Organisation, desto besser lassen sich Streiks kanalisieren. So ist es kein Wunder, daß Großbritannien mit über 550 Organisationen und der starken Stellung der „shop stewards", der Betriebsobleute, die höchste Zahl von Ausständen verzeichnet. Über 90 % der Ausstände des letzten Jahres gehen allein zulasten der „shop stewards", die auf betrieblicher Ebene spontane Streiks ausriefen – ohne offiziellen Auftrag durch die zuständigen Gewerkschaften. In Italien und Frankreich besteht– bei geringerer Anzahl von Organisationen – ein Konkurrenzverhältnis zwischen den verschiedenen Gewerkschaften, das sich in einer höheren Streikbereitschaft äußert. Diese Gefahren bestehen bei den branchenmäßig organisierten und im DGB zentralisierten deutschen Gewerkschaften nicht.

Allerdings besteht aufgrund mangelnder Kontakte zur Basis die Gefahr von „wilden" Streiks, was durch die Ereignisse von 1969 belegt wurde. Die Konsequenz: die Versteifung der Fronten mit größerer Kampfbereitschaft bei den gegenwärtigen Lohnverhandlungen. Ob daraus schon für dieses Jahr eine verstärkte Streiktätigkeit folgt, bleibt abzuwarten. Doch für die Zukunft läßt sich nicht ausschließen, was schon heute in den USA zu beobachten ist: eine zunehmende Streikbereitschaft aufgrund von Organisationsproblemen, aufgrund des Nachrückens von jüngeren, mehr ideologisch ausgerichteten Kräften in den Gewerkschaften und wegen der im Vergleich zur Vergangenheit stärkeren Preissteigerungen.

[1]) Vgl. dazu auch Huffschmid, Joachim, Koenigs, Krueger, Mänicke, Vorberg: Die Widersprüche des westdeutschen Kapitalismus und die Wirtschaftspolitik der SPD. In: H. M. Enzensberger (Hrsg.): Kursbuch 21, Berlin 1970, S. 37 ff.